

eine Währungsreform gebrochen, die der Wirtschaft neues Vertrauen gab. Das öffentliche Leben in Franken normalisierte, die ökonomischen Vorgänge entspannten sich. Für einen Großteil der Bevölkerung begannen die guten Jahre der Weimarer Republik, in denen sich politische Ordnung und Wirtschaftsleben, befreit vom Druck der Extreme, auf einem Mittelweg zu festigen schienen. Es gab zwar noch ein Nachbeben. Der kläglich gescheiterte Putschist Hitler wurde nicht nur in völkischen Bürgerkreisen – etwa im Bayreuther Wagner-Zirkel um das Haus Wahnfried oder bei den Teeabenden „*treudeutscher Frauen*“ in Bamberg – zum sentimental verehrten Märtyrerkhelden. Die Wahlen zum Landtag und zum Reichstag im März und Mai 1924 zeigten mit

dem spektakulären Erfolg des Völkischen Blocks, der für die verbotene NSDAP antrat, sein breites Echo. Erst bei der erneuten Reichstagswahl im Dezember dieses Jahres sanken die Rechtsradikalen fast zur Splitterpartei ab, die radikale Linke wurde es. Doch hinter der Szenerie einer nun durch gemäßigte Kräfte bestimmten, von der konservativen BVP dominierten politischen Kultur behielt der Kommunismus in Arbeiterkreisen ein nicht geringes, die Hitler-Bewegung vor allem im protestantischen Franken ein großes, sozial übergreifendes Potential. Beide sollten, als ab 1929 enorme wirtschaftliche Bedrängung die politische Enttäuschung über die Weimarer Demokratie aufreizte, überraschend virulent werden.

Bedrohte Republik: Politische Kultur in Franken von 1924 bis 1933

von

Rainer Hambrecht

Früher¹ als anderswo setzte Franken einen verhängnisvollen politischen Trend. Einen Trend, der in den Untergang der Weimarer Republik führen sollte. Denn hier bestimmte die NSDAP bereits zwischen 1924 und 1933 über weite Strecken maßgeblich das politische Geschehen. Wenn der Althistoriker Christian Meier in seinem lesens- und bedenkenswerten Buch „Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit“² einen breiten Konsens in der Notwendigkeit des Erinnerns an die beispiellosen Schrecken des Dritten Reichs sieht, dann muß Gleiches fraglos auch für deren Wurzeln in der Weimarer Republik gelten.

Anmerkungen zum Raumbegriff „Franken“

Allerdings bildete Franken vor 1945 keineswegs eine gleichförmige politische Landschaft. Zwar ergaben Ober-, Mittel- und Un-

terfranken zusammen den Reichswahlkreis 26, doch im Grunde war Franken strukturell zweigeteilt: auf der einen Seite Ober- und Mittelfranken, auf der anderen Unterfranken. Statistische Mittelwerte für ganz Franken verbargen die großen Unterschiede. Schon bei den Beschäftigten in Industrie und Handwerk bzw. Land- und Forstwirtschaft traten sie deutlich zutage. Im ersten Fall beliefen sich 1925 die Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk – mit industriellen Zentren im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen sowie im nordöstlichen Oberfranken – auf knapp 43 Prozent, in Unterfranken dagegen nur auf 26 Prozent. Komplementär setzte sich letzteres mit 54 Prozent der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten merklich vom übrigen Franken ab: Oberfranken: 42 Prozent; Mittelfranken: (trotz seiner nahezu rein agrarischen Westhälfte) 33 Prozent. Noch stärker differierten die beiden Regionen in der konfessionellen Ausrichtung; die Protestanten stellten 1933 in Ober- und Mittelfranken 65 Prozent der Bevölkerung, in Un-

terfranken aber nur 18 Prozent; entsprechend die Katholiken im ersten Fall 33 Prozent, im zweiten 80 Prozent. D.h., ein mehr industriell geprägtes, in weiten Teilen protestantisches Sozialmilieu in Ober- und Mittelfranken hob sich von einem zumeist ländlich-katholischen in Unterfranken ab. Daraus resultierten jeweils parteipolitische Präferenzen.

Voraussetzungen für die Erfolge der NSDAP in Franken

Woher aber rührt die frühzeitige Dominanz der ober- und mittelfränkischen Nationalsozialisten? Zunächst ist auf eine latente Neigung für völkisch-antisemitisches Gedankengut zu verweisen, die bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg entsandten die beiden Bezirke u.a. zwei deutschkonservative Abgeordnete in den Reichstag, Indiz für einen verbreiteten latenten Antisemitismus. Zu einer Hochburg des völkischen Gedankens machten Richard Wagner und dessen Schwiegersohn, der antisemitische Kulturphilosoph Houston Stuart Chamberlain, Bayreuth. Nicht zufällig daher die zahlreichen Besuche Hitlers in der Festspielstadt: Als glühender Verehrer von Wagners Opern pflegte er zudem frühzeitig freundschaftlichen Kontakt zum Hause ‚Wahnfried‘. So traf die NS-Ideologie in Franken auf einen seit langem bereiteten Boden.

Schon in den Anfangsjahren der Weimarer Republik kursierte das böse Wort von ‚der Republik ohne Republikaner‘. Nach kurzer Zeit verkehrte die folgende Wahlentwicklung die ursprünglich überwältigende Zustimmung zur republikanischen Staatsform ins Gegenteil. Ein fränkisches Bezirksamt berichtete schon 1930 lapidar: *„Die große Mehrheit des Volkes hat den Parlamentarismus in seiner jetzigen Form gründlich satt.“*³ Bekannten sich bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 – der ersten nach mehr als vier Weltkriegsjahren und dem traumatischen Schock der militärischen Niederlage und der sogenannten Novemberrevolution, zugleich der ersten mit Frauenstimmrecht – reichsweit 76 Prozent der Wähler zur Republik bzw. zu den Parteien der sogenannten Weimarer Koalition (also zu SPD, DDP und Zentrum bzw. in Bayern zur

BVP), so sank dieser Wert bei der letzten freien Wahl am 5. März 1933 auf 33 Prozent.

Im Vergleich dazu der Niedergang der Republik im Reichswahlkreis 26. Hier wurde die Wählerschaft der staatstragenden Parteien von 1919 bis 1933 genau halbiert – von 84 auf 42 Prozent, während das Lager der Republikgegner (zu dem die NSDAP 82 Prozent beitrug) gleichzeitig von 16 auf 56 Prozent anwuchs. Daneben, und das mag überraschen, lag die Zahl der Befürworter der Republik mit 42 Prozent über dem Reichsdurchschnitt. Zurückzuführen war dies auf eine relativ stabile SPD-Wählerschaft sowie auf mäßigende regionale BVP-Mehrheiten, vor allem in Unterfranken.

Die Ergebnisse in Ober- und Mittelfranken fielen noch extremer aus: Schon 1919 vereinte das rechts- und linksextreme Lager (DNVP, USPD und KPD) hier ein Fünftel aller Wähler hinter sich; ein Wert der sich für NSDAP, DNVP und KPD bis 1933 verdreifachte (62 Prozent, zu denen die KPD nur 4,5 Prozent beisteuerte, die politische Rechte aus NSDAP und DNVP zusammen also 57 Prozent und die NSDAP allein knapp über 50 Prozent). Das bedeutete für den antidemokratischen Rechtsblock innerhalb von 14 Jahren ein Plus von nicht weniger als 44 Prozent der Gesamtwählerschaft.

Der Ausgangspunkt (1924)

Wie konnte es aber zu diesem politischen Erosionsprozeß in Franken zwischen 1919 bzw. 1924 und 1933 kommen? Zweifellos trugen dazu die Nachwirkungen der erheblichen politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen des Jahres 1923 bei, also in Stichworten: Ruhrkampf, Hyperinflation, Frontstellung der sogenannten ‚Ordnungszelle Bayern‘ gegen die Reichsregierung und der daraus resultierende Putschversuch der NSDAP mit dem ‚Marsch auf die Feldherrnhalle‘ sowie seit 1928/29 die Weltwirtschaftskrise.

Das politische Umfeld war geprägt durch SPD, BVP, DNVP und KPD. Für alle Parteien galt, daß sie die Splitterpartei NSDAP bis 1928/29 kaum ernst nahmen, während diese im Verborgenen rastlos an den Grundlagen für ihren späteren unerhörten Aufstieg unter günstigeren Rahmenbedingungen arbeitete.

Die NSDAP war zwar 1924 verboten, Hitler selbst zu ehrenvoller Festungshaft in Landsberg a. Lech verurteilt, aber in Franken gelang es den Nationalsozialisten, sich unter dem Deckmantel kaum verschleierte Tarnorganisationen relativ geschlossen in die Illegalität zurückzuziehen und weiter zu agieren. Geduldet und begünstigt wurde dies durch führende Beamte, in erster Linie durch den Vorstand der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Heinrich Gareis. Seine Ernennung hatte er 1923 den Rechtsverbänden verdankt. Wenn 1927 und 1929 die Wahl auf Nürnberg als Veranstaltungsort für den dritten und vierten NS-Reichsparteitag fiel, war das kein Zufall. Den Ausschlag gab neben aller Reichsstadtsymbolik und der zentralen Lage vor allem die betont nachsichtige Handhabung der Polizei gegenüber der NSDAP. Aber nicht nur Beschwerden gegen die Polizei zogen sich in der Folge als roter Faden durch das politische Geschehen, sondern ebenso berechtigt solche gegen nahezu alle anderen Staatsbehörden. Nationalistische Parolen galten den meist deutschnational eingestellten Amtsvorständen als Ausdruck staatsbejahender und darum förderungswürdiger Gesinnung. In der Endphase der Republik erweckten sie den Eindruck, als wollten sie sich das Wohlergehen der NSDAP durch Nachsicht erkaufen oder als meinten sie noch immer, die Nationalsozialisten ‚als nützliche Idioten‘ für eigene Zwecke einzuspannen zu können.

Franken blieb 1924 – trotz NSDAP-Verbots – vom NS-Gedankengut weiterhin fasziniert; hier bestanden zudem weitgehend intakte Parteikader. Noch im Januar trat in Bamberg der ‚Völkische Block‘ ins Leben – eine antiparlamentarische Wahlplattform für alle Gruppen und Grüppchen völkischer und nationalsozialistischer Tendenz: z.B. die Deutsche Arbeiterpartei (in Franken die stärkste Kraft), die (ursprünglich südbayerische) Großdeutsche Volksgemeinschaft, der Jungdeutsche Orden, der Völkische Bund Bayreuth usw. Aber ohne Integrationsfigur zerfiel die frühere Massenbewegung in sich heftig befehdende Lager; deren einzig gemeinsamer Nenner war die oft beschworene ‚Hitlertreue‘. Trotzdem konnte der ‚Völkische Block‘ bei den Wahlen des Jahres 1924 beachtliche Erfolge erzielen. Im April

wurde er bei der Landtagswahl in Ober- und Mittelfranken mit knapp 26 Prozent der Stimmen stärkste politische Kraft, mit Spitzenwerten von 53 Prozent in der Stadt Coburg und 41 Prozent im Amtsbezirk Naila. Doch die beginnende Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie das Chaos im völkischen Lager sorgten zum Jahresende für ein gewandeltes Bild. Bei der Reichstagswahl im Dezember erzielte der Völkische Block im gleichen Gebiet nur etwa 9 Prozent, immerhin noch das Dreifache des Reichsdurchschnitts. Zeitgleich stellten die Nationalsozialisten 1,5 Prozent der fränkischen Stadt- und Gemeinderäte: 6 in Nürnberg und Kulmbach; 4 in Coburg, Eichstätt und Röthenbach a.d. Pegnitz; 3 in Hof, Neustadt b. Coburg, Erlangen und Gunzenhausen usw. Mochte die Quote noch so gering erscheinen, mit ihr rettete die Hitler-Bewegung etwas von den Erfolgen der Jahre 1923/24 hinüber in die schwierige Zeit des Neuanfangs.

Der Neuanfang (1925-1928/29)

Denn der Beginn der wiederbegründeten NSDAP war keineswegs so brillant, wie dies eine spätere Propaganda glauben machen wollte. Mehrere völkisch-nationalsozialistische Gruppierungen bestanden fort, deren zerstrittene Führer Befehlsgewalt und ideologische Ausrichtung der Gesamtbewegung für sich reklamierten. Allein in Ober- und Mittelfranken unterstellte sich die von Streicher geführte Großdeutsche Volksgemeinschaft vorbehaltlos Hitler. Nur hier existierten städtische Ortsgruppen mit mehreren Hundert Parteigenossen, während sie selbst in Metropolen oft bloß wenige Dutzend zählten; nur hier verfügte Hitler über intakte Organisationsstrukturen und eine auf ihn eingeschworene Anhängerschaft. Mit einem Wort: Franken war in den Anfangsjahren für Hitler und die NSDAP das unbestrittene Zentrum, weit vor München und Oberbayern. Dort aufgebrachte Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder zu den Partei-Versammlungen boten den nötigen finanziellen Rückhalt. Dennoch galt selbst für Franken: Nach anfänglichem Strohfeuer glomm unter viel Asche eine kaum noch sichtbare NS-Glut. Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth be-

obachtete im Herbst 1925 ein „Herabsinken zur Bedeutungslosigkeit“.⁴

Davon ließ sich die Protestpartei neuen Typs nicht entmutigen. Der Nichtbeachtung und den Rückschlägen setzte die politische Splittergruppe eine pausenlose, skrupellose Propaganda entgegen, kombiniert mit zunehmendem Terror. Sie wußte: Besser negative Schlagzeilen, als totgeschwiegen zu werden! Die 1924 gewonnenen Mandate boten ihr in den Volksvertretungen, speziell in den städtischen, geeignete Foren, um öffentliches Aufsehen zu erregen. So überzogen die wenigen NS-Stadträte die fränkischen Kommunalparlamente mit einer beispiellosen Radau- und Obstruktionspolitik – mit unablässiger Diffamierung von Juden und Sozialisten bis hin zu blutigen Schlägereien, mit ständigen Reden zur Geschäftsordnung, mit Mißtrauensanträgen und unsinnigen Agitationsanträgen. Darunter hatte vor allem Nürnberg zu leiden, das der NSDAP bzw. Streicher bis 1927 geradezu als kommunalpolitisches Experimentierfeld diente, ehe es diese Funktion an München und Coburg

verlor. Streicher bekannte offen: „Würde der Erfolg zeigen, daß wir durch Radau machen die Macht ergreifen könnten, so würden wir ... so lange Radau machen, bis der Sieg unser ist.“⁵ Jedoch nicht nur in den Parlamenten setzte die NSDAP bzw. ihr Wehrverband SA Radau und bald Terror als Propagandainstrument ein.

Der Volksschullehrer Julius Streicher, 1924 aus dem Schuldienst entfernt, seit 1925 NS-Gauleiter von ganz Franken (d.h., für Ober-, Mittel- und Unterfranken), sorgte für Aufsehen mit einem Antisemitismus neuer Prägung; dieser war nicht mehr religiös oder wirtschaftlich bestimmt, sondern ausschließlich rasseorientiert. Auf die jüdische Gefahr oder – scheinbar objektivierend – auf die „Judenfrage“ liefen alle Reden Streichers und seiner Anhänger hinaus, unabhängig vom Vortragsthema. Der Jude war die Personifikation des Bösen und Minderwertigen schlechthin. Ihn zu bekämpfen, war daher jedes Mittel recht, keine Verleumdung, kein durch pornographische Details angereichertes, jüdischen Mitbürgern wahllos an-



Abb. 1: Einbruch der NS-Propaganda in den ländlichen Raum 1927. Erster Ausmarsch des SA-Sturms 8 (Bayreuth) mit Musikkapelle, angeführt von einer vorauswatschelnden Gans, begleitet von nebenherlaufenden Dorfbuben
(© Museen der Stadt Nürnberg).

gelastetes Sexualdelikt infam oder perfid genug. Dazu diente Streicher sein antisemitisches Hetzblatt ‚Der Stürmer‘ mit der stereotypen Fußleiste „Die Juden sind unser Unglück“; noch in kleinen Dörfern war er reichsweit in sogen. ‚Stürmer-Kästen‘ öffentlich zu lesen. Das brachte Streicher, dem (in eigener Sicht) ‚Antisemit Nr. 1‘, zwar große Popularität, andererseits hatte er wegen seines primitiven wie brutalen Antisemitismus, seines rüden Auftretens und des zweifelhaften Umgangs mit Parteigeldern stets mit einer namhaften innerparteilichen Opposition zu kämpfen. In Folge eines solchen Konflikts stufte Hitler den sogen. ‚Frankenführer‘ 1928 zum Gauleiter von Nürnberg-Fürth herab, ehe er ihn, 1929 mit der Gauleitung von Mittelfranken betraute. Insgesamt konnte sich dieser nur dank des Rückhalts bei Hitler auf Dauer in seiner Führungsposition behaupten.

Mit Hans Schemm trat 1926/27 in Oberfranken ein weiterer Volksschullehrer auf den Plan, der dem berühmt-berüchtigten, höchst umstrittenen Streicher durch rastlose Agitation und Schaffung einer eigenen Hausmacht bald ernsthafte Konkurrenz machte und ihn schließlich sogar überflügelte. Er stellte der antisemitischen Hetze nach Streichers Vorbild bald eine neue Propagandavariante zur Seite, nämlich die gegen den Bolschewismus und die Gottlosenbewegung. Laut polizeilichem Urteil sprach er nicht selten wie ein Pastor; d.h., Schemm versuchte, die NSDAP in Oberfranken als christlich-protestantische Weltanschauungspartei zu etablieren, als Gegengewicht zur BVP. Hitler honorierte Schemms Einsatz 1928 mit der Gauleitung für Oberfranken, dann 1933 mit der für die aus Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern neu gebildete Bayerische Ostmark. Nach der Machtergreifung erhielt Schemm zusätzlich das Amt des bayerischen Kultusministers. Dazu hatte er sich 1929 durch die Gründung des Nationalsozialistischen Lehrerbundes qualifiziert.

Vervollständigt wurde die Zahl der fränkischen Gauleiter 1928 durch Dr. Otto Hellmuth, Zahnarzt in Marktbreit, 1920 Mitbegründer des völkischen Wehrverbands Bund Frankenland. 1926 begann er seine NS-Karriere mit der Organisation der Würzburger NSDAP-Orts-

gruppe. Vorrangige Themen der NS-Propaganda waren in Unterfranken der Antisemitismus und die wirtschaftliche Not der Landwirtschaft. Aber außer in wenigen mehrheitlich protestantischen Gebieten Unterfrankens blieb Hellmuth völlig im Schatten der anderen fränkischen Gauleiter, deren Erfolge für ihn unerreichbar blieben.

In der Zeit, als die neu erstandene NSDAP zwischen 1925 und 1928/29 im öffentlichen Leben kaum Beachtung fand, schuf Hitler wichtige Voraussetzungen für deren künftige Entwicklung. Dazu mußte er freilich, um sich als der ‚Führer‘ zu beweisen, zunächst den Zündstoff beseitigen, der sich aus der Kontroverse zwischen seinem Parteiflügel ergab, zu dem u.a. Streicher zählte, und den nordwestdeutschen Gauleitern um Gregor Straßer, der sogen. Arbeitsgemeinschaft Nordwest. Im Fokus stand die ideologische Ausrichtung der NSDAP. Die Gruppe um Straßer vertrat einen antikapitalistischen Kurs, den Hitler vehement ablehnte. Deshalb berief dieser im Februar 1926 eine Führertagung nach Bamberg. Hier auf keineswegs neutralem Boden, vielmehr in einer durch Streicher auf ihn eingeschworenen NS-Hochburg, konnte er seine Macht eindrucksvoll demonstrieren. In mehrstündiger Rede überspielte er Straßer; dessen Mitarbeiter Goebbels wechselte kurz darauf die Fronten. Straßer war gescheitert; unbestritten hatte Hitler hinfort das alleinige Sagen in der NSDAP. Damit nicht genug meldete er wenig später indirekt seinen Anspruch auf die Führung der gesamten politischen Rechten an. In einem oft schmerzhaften Prozeß kappte er nämlich rigoros alle Verbindungen zu den vaterländischen und völkischen Verbänden: u.a. zu den Schwarz-weiß-roten Arbeitsgemeinschaften, zur Reichsflagge, zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, zum Jungdeutschen Orden, zum Bund Oberland oder zu Ludendorffs Tannenbergbund. Bisher übliche Doppelmitgliedschaften wurden den Parteigenossen strikt untersagt. Wohl sah Hitler den hohen Preis, damit einen Teil seiner Parteigänger zu verlieren. Er wog ihn aber gegen die Chance auf, gegen die einstigen Verbündeten offen Front machen zu können und diese dann nach und nach mit seiner kompromißlo-

seren Radikalität für die NSDAP zu gewinnen. Eine Rechnung, die aufgehen sollte.

Den durch die Zeitläufte tief verunsicherten, Halt suchenden Menschen bot die NSDAP einen Gegenentwurf zur verachteten Republik, einen ‚Staat im Staate‘ mit eigener Subkultur. Zur Erläuterung: Die NS-Reichsleitung gerierte sich als eine Art Nebenregierung, die SA als eigenes ‚Heer‘ und die SS als eigene ‚Polizei‘. NS-Fachberater konkurrierten mit entsprechenden staatlichen Stellen. SA-Konzerte, Theateraufführungen oder Großdeutsche Weihnachtsfeiern boten Parteigenossen und Sympathisanten eine Alternative zum angeblich bolschewistisch verseuchten Kulturbetrieb. Die Glaubenswelt besetzte die NSDAP mit Hitler als gottgesandtem Retter, mit einem pseudoreligiös-blutmystischen Kult um die ‚Blutfahne‘ des 9. November 1923 und die ‚Märtyrer der Bewegung‘. Den öffentlichen Raum okkupierten die Nationalsozialisten mit eigenen Symbol- und Identifikationsorten: Burg Hoheneck (bei Bad Windsheim), seit 1921 Kristallisationspunkt der Rechten und dann früher NS-Treffpunkt sowie Führer- und SA-Schulungszentrum; Nürnberg als Stadt der Reichsparteitage 1927 und 1929; mit dem Hesselberg, seit 1928 Ort der ‚Frankentage‘ Streichers, oder dem Döbraberg im Frankenwald, Stätte des sogen. ‚Döbra-Schwurs‘⁶ 1929.

Besonderen Nachdruck legten die Nationalsozialisten auf den systematischen organisatorischen Auf- und Ausbau der Partei, unabhängig von Größe und Bedeutung der jeweiligen Gliederung; er sollte ein Auseinanderlaufen der einmal Gewonnenen verhindern. Schemm entwickelte Oberfranken damit zum NS-Mustergau. Nur mit Hilfe der bestehenden Parteikader ließ sich ab 1929/30 der rapide Zustrom zur NSDAP bewältigen. Das Rückgrat bildete hierbei zumeist deren Wehrverband, die SA. Offiziell hatte sie Parteiversammlungen zu schützen und Propagandamärsche durchzuführen, möglichst mit eigenen Musikkapellen. Doch allen Legalitätsbeteuerungen zum Trotz sollte sie zugleich die ‚Straße erobern‘, den politischen Gegner mundtot machen, seine Aktionsmöglichkeiten rücksichtslos unterbinden. Die Folge: Eine zunehmende Gewaltbereitschaft, eine Brutalisierung der Auseinandersetzungen mit Andersgesinnten. Überfälle auf

politische Gegner, Versammlungssprengungen und Saalschlachten waren an der Tagesordnung, eine besonders heftige in Schney 1929. Anschaulich schilderte der Bezirksamtsbericht, wie *„sich die SA (Coburg) als eine im Saalkampf ausgebildete Truppe gezeigt habe. Sie ging Mann an Mann vor, indem sie mit der einen Hand zum eigenen Schutze Stühle und Tische vorhielt und mit der anderen Hand kämpfte.“*⁷

Als Parteisoldaten, als potentielle Bürgerkriegsarmee, entwickelte die SA, in der anti-kapitalistische Tendenzen der Anfangszeit lebendig geblieben waren, ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein. Das stieß sich nicht selten am Führungsanspruch der PO, der Politischen Organisation der NSDAP. Besonders in Streichers Gau führte dieser Dualismus regelmäßig zu schweren parteiinternen Krisen. Schemm dagegen verstand es in Oberfranken, die strukturell angelegte Rivalität zwischen den beiden Parteiorganisationen diplomatisch auszugleichen.

Der Durchbruch (1929/30)

Früher als im übrigen Reichsgebiet erschloß sich die NSDAP in Franken schon vor 1928/29 neue Wählerschichten jenseits der kleinbürgerlichen Sphäre, jenseits der Händler, Handwerker und der – überproportional vertreten – mittleren und gehobenen Beamten, vor allem der Volksschullehrer. Denn spätestens seit 1927 trug die fränkische NSDAP ihre Propaganda von den Städten erfolgreich hinaus aufs Land, bis in die kleinsten Dörfer. Dort kam ihr die permanente Agrarkrise zugute, von der zuvor Landbund und DNVP profitiert hatten.

Die NSDAP blieb nicht länger auf die Städte beschränkt. Doch selbst dort gewann sie neue Anhänger. Dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund an der Universität Erlangen gelang es nämlich 1928 (erstmal im Reich!), die Mehrheit der Studenten hinter sich zu scharen. Die Signalwirkung der hinfort NS-dominierten Universität auf Akademiker in führender Position, also auf Ärzte, Pfarrer, Gymnasiallehrer, Richter und höhere Verwaltungsbeamte, ist nicht hoch genug einzuschätzen. Fazit: Die NSDAP begann in Franken, gesellschaftsfähig zu werden.



Abb. 2: Coburger Rathaus mit Hakenkreuz-Flagge am 18. Januar 1931 (© Stadtarchiv Coburg).

Dafür lieferte die Reichstagswahl von 1928 einen ersten Hinweis. Mit 8,1 Prozent an NS-Stimmen lag der Wahlkreis 26 weit über dem Reichsdurchschnitt von 2,6 Prozent einsam an der Spitze. In Mittel- und Oberfranken allein hatte sich jeder zehnte Wähler (genau: 9,8 Prozent) für die NSDAP entschieden, in einzelnen Dörfern im heutigen Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim mehr als 50 Prozent. Unter den Parteien rückte die NSDAP hinter SPD (31 Prozent), DNVP (23 Prozent) und BVP (17 Prozent) auf den vierten Platz, unter den kreisfreien Städten Oberfrankens nach der SPD sogar auf den zweiten. Im ländlichen Raum zeichneten sich mit Wahlergebnissen zwischen 12 und 16 Prozent im nordwestlichen Mittelfranken sowie im nördlichen Oberfranken spätere Schwerpunkte ab. Mit dieser Wahl begann eine Entwicklung, die 1932 damit endete, daß die NSDAP die bürgerlichen, nicht weltanschaulich gebundenen Parteien nahezu restlos aufgesogen hatte.

Zu den frühen kreisfreien NS-Zentren zählte neben Nürnberg, Ansbach und Dinkelsbühl sowie Kulmbach, Neustadt b. Coburg, Marktredwitz, Forchheim, Hof und Bayreuth vor al-

lem Coburg. Die Stadt, Residenz des einstigen Herzogtums und erst seit 1920 bayerisch, stand bereits 1922 im Brennpunkt: Hitler expandierte mit dem sogen. „Marsch auf Coburg“ erstmals weit über München hinaus nach Norden. Einen Deutschen Tag für alle Rechtsgruppierungen hatte er in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer reinen NS-Veranstaltung gemacht. Bei der Reichstagswahl 1928 votierte ein Viertel aller Wähler für die NSDAP; gewiß nicht unbeeinflusst von einem ihrer frühen Förderer, von Herzog Carl Eduard. Auf dieser Basis erstritten sich die Coburger Nationalsozialisten unter Franz Schwede 1929 über ein Volksbegehren und einen Volksentscheid die Mehrheit im Stadtrat. Coburg war im Deutschen Reich, so ein Buchtitel, „The first Nazi-Town“.⁸ Ein absolutes NS-Regiment verhinderten zunächst, d.h., bis 1930, nur die stimmberechtigten bisherigen Bürgermeister. Nach deren Verdrängung mit Hilfe der DNVP schaltete die NSDAP noch vor der Machtergreifung im Reich das öffentliche Leben in Coburg schrittweise gleich. Zuerst brachte Schwede Polizei und Schulwesen, damit die Jugend, in seine Gewalt. Das entsprach strate-

gischen Vorgaben Hitlers, die dieser für Thüringen entwickelt hatte. Nicht zu Unrecht sahen führende Nationalsozialisten in dem Vorgang ein Modell für die Machtergreifung im Großen; pikanterweise agierte auch in Coburg die DNVP als Steigbügelhalter. Einige Kostproben vom schon vor 1933 angebrochenen Dritten Reich: uniformiertes Auftreten im Stadtrat; Umsetzung früherer Agitationsanträge zugunsten des Besitzbürgertums; 1931 Beflaggung des Rathauses mit dem Hakenkreuz oder wenig später erstmals im Reich Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Hitler; 1932 Ausschluß jüdischer Mitbürger von den öffentlichen Bädern. Der konservative Bezirksamtmann urteilte: „Die Nationalsozialisten fühlen sich hier vollkommen als die Herren und Gebieter der Lage und verlangen, daß alles übrige, wenn sie es wünschen, mundtot gemacht wird.“⁹ Unpopuläre Entscheidungen in Steuer- und Haushaltsfragen überließ man der Aufsichtsbehörde; während der gesamten NS-Herrschaft vor 1933 stand die Stadt stets unter der Zwangsverwaltung der Kreisregierung. Trotzdem bestritt die NSDAP mit ihrem angeblich mustergültigen Coburger Regiment ganze Wahlkämpfe im übrigen Reich.

Die seit 1928 sich stetig verschärfende Weltwirtschaftskrise trug neben dem fortwirkenden Trauma der Weltkriegsniederlage und der ‚Schmach von Versailles‘ ihren Teil zum beispiellosen Aufstieg der NSDAP bei: ein Heer von Arbeitslosen, große politische Instabilität. Jedoch gilt es zu differenzieren: Nicht so sehr die erwerbslosen Arbeiter – wie oft unterstellt –, sondern der verschreckte Mittelstand stürzte sich bereitwillig in die weit geöffneten Arme der NSDAP. Diese verstand sich wie keine andere Partei darauf, zunächst tiefstehende Existenzängste zu schüren, um dann für sämtliche Probleme – seien sie politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Natur – dagegen Patentlösungen anzubieten. Ihre Agitatoren stellten jeder denkbaren Interessengruppe in Aussicht, was sie hören wollte. Kaum einer registrierte die Widersprüche, die Unvereinbarkeit der verschiedenen Versprechen miteinander. Spätestens seit 1929 sah sich die Bevölkerung durch die NSDAP einem pausenlosen propagandistischen Trommelfeuer ausgesetzt. Die Zahl der NS-Kundgebungen übertraf meist

die aller übrigen Parteien zusammen. 1931 entwickelte die NSDAP dazu die Methode der sogen. ‚Versammlungswellen‘. D.h., sämtliche Parteiredner einer Region traten für ein Wochenende massiert in einem kleinen Gebiet auf, um so ihre Botschaft noch in den letzten Winkel zu tragen. Der einkalkulierte Nebeneffekt: Die zur Überwachung eingesetzte Gendarmerie wurde bis zur Erschöpfung beansprucht, physisch und psychisch zermürbt. Auch deshalb blieben verbale Entgleisungen und Ordnungswidrigkeiten oft ungeahndet.

Vor der Machtergreifung (1931/32)

1928 begann ein Wahlmarathon im Reich und in den Ländern, der bis zum 5. März 1933 andauerte, bis zur nachträglichen Bestätigung der nationalsozialistischen Machtübernahme durch den Wähler. In dieser Zeit wuchs die Hitlerbewegung explosionsartig. Bereits die Reichstagswahl vom 14. September 1930, die sogen. ‚Katastrophenwahl‘, machte sie in Ober- und Mittelfranken knapp hinter der SPD zur zweitstärksten politischen Kraft, mit 20 bis 30 Prozent der Stimmen in vielen Amtsbezirken (den späteren Landkreisen); allein Eichstätt blieb knapp unter 10 Prozent. Unter den kreisfreien Städten hielt Coburg mit 47 Prozent die Spitze, gefolgt von Neustadt bei Coburg, Bayreuth und Kulmbach. Seinen absoluten Zenit innerhalb freier Wahlen erreichte Hitler beim zweiten Reichspräsidentenwahlgang vom 10. April 1932; im westlichen Mittelfranken votierten über 80 Prozent der Wähler für ihn.

Vor der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 rechneten die NSDAP und ihre millionenfachen Sympathisanten – euphorisch aufgeheizt – fest mit der baldigen Machtergreifung. Als diese erneut ausblieb, war der Nimbus der unaufhaltsam wachsenden Partei gebrochen. In Anbetracht der gedrückten Stimmung fielen die Verluste von 3-5 Prozent bei der Reichstagswahl am 6. November vergleichsweise moderat aus. Zu ihnen dürfte das zeitweise Taktieren mit dem Zentrum und mancherorts mit der KPD beigetragen haben. Am linken Rand des politischen Spektrums steigerte sich die KPD auf ihr absolutes Maximum von etwa 9 Prozent. Nach der Berufung Hitlers zum Reichskanzler legte die NSDAP bei den letzten halbwegs freien Wahlen am 5. März 1933

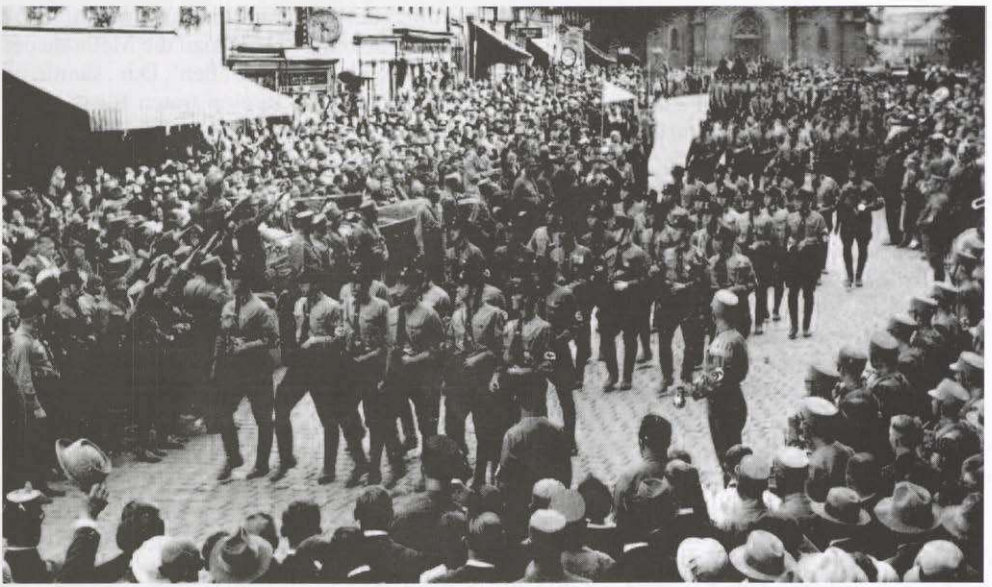


Abb. 3: Große NS-Grenzlandkundgebung mit SA-Aufmarsch in Hof am 17. Juli 1932
(© Museen der Stadt Nürnberg).

in Ober- und Mittelfranken wieder 7 bis knapp 10 Prozent zu und errang insgesamt über 50 Prozent der Stimmen. Eine Wahlanalyse ergibt die folgenden drei Bedingungen, bei deren Zusammentreffen die (mittel- und oberfränkische) NSDAP mit kaum gläublichen Wahlerfolgen von bis zu knapp 90 Prozent rechnen durfte:

1. Die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöste politische Destabilisierung,
2. eine dominierende mittelständische Sozial- schicht wie idealtypisch im mittel- und klein- bauerlichen Westmittelfranken vorhanden und
3. eine homogene evangelische Bevölkerung mit ihren nationalprotestantischen und kulturkämpferischen Traditionen.

Wo konnte man angesichts des von der NSDAP in Ober- und Mittelfranken bereits vor 1933 weitgehend bestimmten öffentlichen Lebens überhaupt noch Kräfte zur Abwehr der heraufziehenden Gefahr finden? Nur wenige hatten diese zudem erkannt und unter ihnen kaum jemand deren Ausmaß. Einen Damm gegen die ‚braune Flut‘ bildeten allein gesellschaftliche Gruppen, die der NS-Vision vom

Dritten Reich eine fundierte eigene Weltanschauung entgegensetzen konnten. Das galt zuvörderst für die katholische Kirche, die vor der NSDAP warnte und für ihre Gläubigen eine Mitgliedschaft in der neuheidnischen Bewegung kategorisch ausschloß. In der evangelischen Kirche dagegen sympathisierten nicht wenige bald offen mit dieser Protestpartei. Die ursprünglich meist deutschnational gesinnten Pfarrer versprachen sich von der NSDAP nicht nur für das Deutsche Reich, sondern auch für die eigene Kirche einen Neuaufbruch; warnende Stimmen blieben hier die Ausnahme.

Die Parteien wandten sich vor 1929/30 kaum gegen die NSDAP; danach war es vielfach zu spät; ihre Wähler waren längst zu Hitler abgewandert. So spielte beispielsweise die DDP, eine der drei Verfassungsparteien, schon seit Beginn der Zwanziger Jahre kaum mehr eine Rolle; erwähnenswert bleibt sie nur, weil sich der Demokrat Dr. Hermann Luppe als Nürnberger Oberbürgermeister entschieden gegen die NSDAP exponierte.

Die Partei des politischen Katholizismus in Bayern, die BVP, agitierte lange – der eigenen konfessionell gebundenen Wählerschaft in den

Territorien der einstigen Hochstifte Bamberg, Eichstätt und Würzburg sicher – ausschließlich gegen SPD und DNVP. Erst seit etwa 1930 sah sie den Hauptgegner in der Partei Hitlers. Zuvor war auch sie mancherorts zusammen mit anderen bürgerlichen Parteien Listenverbindungen mit der NSDAP eingegangen. Ihre spätere vehemente Gegenpropaganda stabilisierte zwar die eigene Stammwählerschaft, erreichte aber kaum die für die NS-Ideologie aufgeschlossenen Bevölkerungsschichten. Von vielen Protestanten war die bayerische Regierungspartei oft als ultramontan-klerikal, d.h., als potentiell reichsfeindlich, wahrgenommen worden. Trotz aller Rechtstendenzen hielt die BVP, letztlich doch eine demokratische Integrationspartei, der braunen Flut stand und verlor wenige Wähler – um die 3 Prozent zwischen 1928 und 1933 – an die totalitäre Massenpartei.

Selbst die SPD, die insgesamt am nachdrücklichsten und konsequentesten von allen Parteien für die Republik eintrat, agitierte noch vor der Reichstagswahl 1928 vornehmlich gegen DNVP und BVP. Ihre Schwerpunkte besaß

sie vor allem in den Industriezonen Frankens, also im Raum Nürnberg-Fürth und im nordöstlichen Oberfranken. Erst nach massiven, bis zu Saalschlachten eskalierenden Versammlungsstörungen durch die Nationalsozialisten gab sie sich keinen Illusionen mehr hin. Sie hatte die Gefahr ganz rechts außen erkannt. Doch zusammen mit ihrem Wehrverband, dem Reichsbanner, sah sie sich bald in der Defensive. Besonders im ländlichen Raum, hier ohnedies schwach vertreten, erlaubte ihr der zunehmende NS-Terror kaum noch, sich in der Öffentlichkeit propagandistisch zu betätigen. Aber selbst in den Städten mußte sie es 1931/32 bereits als Erfolg verbuchen, wenn sie unter einem riesigen Polizeiaufgebot ihre Kundgebungen überhaupt abhalten konnte. Die SPD, im Kern vergleichsweise stabil, mußte als die Verfassungspartei zwischen 1928 und 1933 Wählereinbußen von knapp 10 Prozent hinnehmen.

Die KPD mit dem Rotfrontkämpferbund verfügte nur in wenigen Städten wie Selb, Neustadt b. Coburg oder Nürnberg über eine nennenswerte Anhängerschaft. Im Gegensatz zum



Abb. 4: SA-Aufmarsch nach dem Uniformverbot mit weißen Hemden in Kitzingen, daneben trotz Polizeiüberwachung auch uniformierte SA-Leute (© Museen der Stadt Nürnberg).

Bild, das sie von sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwarf, trug sie wenig zur Bekämpfung der NSDAP bei. Wegen ihrer prinzipiellen Ablehnung der Republik machte sie in der Kommunalpolitik nicht selten mit der Hitlerbewegung sogar gemeinsame Sache, während auf den Straßen Kämpfe zwischen ihr und der SA tobten. Doch trotz ihres bescheidenen Umfangs – in der Regel deutlich unter 10 Prozent der Stimmen – bot sie der NS-Propaganda den willkommenen Vorwand, bei den Wählern eine bolschewistische Gefahr heraufzubeschwören; denn diese waren durch die im kollektiven Bewußtsein fortwirkenden revolutionären Unruhen von 1919/20 und durch die Weltwirtschaftskrise nachhaltig verunsichert. KPD und NSDAP schaukelten sich gegenseitig hoch, profitierten letztlich voneinander.

Waren SPD, KPD und BVP Weltanschauungsparteien, so changierte die DNVP, ihrem Typ nach eine bürgerliche Repräsentationspartei, in Franken zwischen diesen Polen.

Nicht selten agierte sie im ländlichen Raum als Partei des Protestantismus, analog zur katholischen BVP; entsprechend war ihr Rückhalt unter den evangelischen Pfarrern. Ohne klare politische Linie gegenüber der aufstrebenden NSDAP förderte sie vielfach die quasi Schwesterpartei, um sie für eigene Ziele zu instrumentalisieren. Nach einem innerparteilichen Richtungskampf, als der Bayerische Landbund sich von der DNVP trennte, verlor sie 1930 ihren vorherigen Einfluß im politischen Kräftefeld Frankens.

Wenig Unterstützung und Schutz fanden die Verteidiger der Republik bei der staatlichen Ordnungsmacht. Große Teile der Verwaltung und Polizei sympathisierten frühzeitig offen mit einer Partei, die lauthals oder verblümt mit Staatsstreich und Bürgerkrieg drohte. Nach 1930 galt mancher Bezirksamtmann als „*geheimer Bewunderer der NSDAP*“.¹⁰ Mehr noch: Die Exekutive war in hohem Maße nationalsozialistisch unterwandert. Schon



Abb. 5: Paramilitärische Geländeübung der SA bei Burg Hoheneck, Anfang der 30er Jahre
(© Museen der Stadt Nürnberg).

1931/32 hatten Berichten des SA-Nachrichtendienstes zufolge Parteigenossen oder NS-Sympathisanten einflußreiche Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft inne. Persönlichkeiten an den Schalthebeln der Macht riet die NSDAP sogar vom Parteieintritt ab, da sie als Nicht-Parteigenossen der Bewegung weit nützlicher sein könnten. Ein konsequentes Vorgehen gegen die Gesinnungsgenossen war von all diesen daher nicht zu erwarten.

Doch selbst guten Willen vorausgesetzt, wäre man spätestens seit 1931 kräftemäßig nicht mehr in der Lage gewesen, einer Bewegung – so das nationalsozialistische Selbstverständnis – Einhalt zu gebieten, die wie ein Krebsgeschwür große Bevölkerungsteile befallen hatte, die sich offen gegen die Staatsautorität auflehnte und sie bewußt herausforderte. Oft griffen deshalb disziplinierende Maßnahmen des Reichs- oder des bayerischen Innenministers nicht mehr. Versammlungs- oder Redeverbote, Zeitungsverbote oder das allgemeine Uniformverbot für die SA (Juni 1930, später ausgeweitet auf sogen. ‚weiße Verbotshemden‘!) bis hin zum reichsweiten zeitweiligen SA-Verbot 1932 (13. April bis 14. Juni) blieben nutzlos. Ständig wurden Übertretungen gemeldet, trotz Verbots offen paramilitärische SA-Übungen abgehalten.

Verwarnungen und Strafanzeigen zeigten kaum Wirkung, nicht zuletzt weil die Justiz auf dem rechten Auge blind war: Den Nationalsozialisten sah sie ihr illegales Treiben allzu gerne und allzu oft nach. Für nationalsozialistische Aggressoren fanden die Richter Entschuldigungsgründe, für die sozialistischen Opfer dagegen drakonische Strafen.

Daß weite Teile Frankens nicht schon lange vor dem Ende der Weimarer Republik dem NS-Terror völlig ausgeliefert waren, ist allein das Verdienst von Innenminister Karl Stützel (BVP). Unablässig drängten er und sein Ministerium die Regierungen, Bezirksämter und Polizeistellen zu korrektem Gesetzesvollzug. In einem öffentlichen Klima von Gewalt befaßte sich sein Ministerium selbst mit scheinbar unbedeutenden Einzelfällen, indem es je nachdem polizeiliches Verhalten mißbilligte oder lobte. Doch insgesamt zeigten die Zustände in Ober- und Mittelfranken, wie sich die



Abb. 6: Ehem. SA-Leute, nunmehr als ‚Freikorps Franken‘ auf einem Lkw
(© Museen der Stadt Nürnberg).

Exekutive von innen heraus zersetzen und demontieren ließ, wie folglich Eingriffe auf dem Verwaltungswege wirkungslos bleiben mußten.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet Mittelfranken, von wo die NSDAP 1925 ihren Siegeslauf begonnen hatte, kurz vor der Machtergreifung Ausgangspunkt für deren allgemeinen Zerfall hätte werden können. Heftig wie nie zuvor brach hier der Dualismus zwischen PO (Politischer Organisation) und SA am Jahresende 1932 erneut auf, zwischen denen die Machtverhältnisse – bis zum sogen. ‚Röhm-Putsch‘ 1934 – nie eindeutig geklärt worden waren. In der SA waren zudem antikapitalistische Tendenzen aus den Anfängen der NSDAP lebendig geblieben, die dem aktuellen Parteikurs zuwider liefen. Das Beispiel drohte andernorts Schule zu machen, so in Nordrhein-Westfalen, Baden und Sachsen-Anhalt, bemerkenswerterweise jedoch nicht im Nachbargau Oberfranken. Reihenweise Parteiaustritte im Raum zwischen Nürnberg und Ansbach kennzeich-

neten das Ausmaß des Konflikts. Mit einem Wort: Die mittelfränkische NSDAP befand sich in voller Auflösung. Nur vordergründig betrachtet, handelte es sich um einen persönlichen Machtkampf zwischen Gauleiter Julius Streicher und SA-Gruppenführer Wilhelm Stegmann (mit seiner Machtbasis im westlichen Mittelfranken), ausgelöst durch die permanente Unterfinanzierung der SA. Stegmann und seine SA-Leute organisierten sich im Januar 1933 außerhalb der NSDAP im gleichwohl ‚hitlertreuen‘ Freikorps Franken.

Die Situation zum Zeitpunkt der Machtergreifung (1933)

Mit der Machtergreifung war die ernste Krise in Mittelfranken sofort überwunden. Denn nichts überzeugt oder korrumpiert so sehr wie der Erfolg. Ohne erkennbaren Widerstand besetzte die NSDAP bis Ende März 1933 in Franken alle entscheidenden Machtpositionen. Das fiel nicht schwer, da auf Grund der ideologischen und organisatorischen Vorarbeit sowie des Rückhalts in weiten Bevölkerungskreisen längst vor dem 30. Januar 1933 – man muß dies leider so sagen – das Dritte Reich in Teilen Frankens traurige Realität war.

Dennoch: Die auffällige Vorreiterrolle Frankens bei der Reichstagswahl 1928 verlor sich, je mehr die NSDAP im übrigen Reich Fuß faßte. Bis 1933 fiel sie unter den Wahlkreisen auf den 8. Platz zurück. Wenn Franken und hier vor allem Ober- und Mittelfranken fraglos noch immer zur Spitze zählten, so ist doch von einer gewissen Phasenverschiebung auszugehen. Denn Streicher, Schemm und Konsorten hatten einen für die NS-Saat fruchtbaren Boden besonders intensiv früher als im übrigen Reich beackert.

Anmerkungen:

¹ Geringfügig erweiterte Fassung des am 7. November 2010 gehaltenen Referats in Schloß Schney (Franken-Akademie) vor dem Seminar „An den Wurzeln des FRANKENBUNDES – Franken nach dem Ersten Weltkrieg“. – Die Ausführungen basieren im wesentlichen (weshalb

mit Ausnahme wörtlicher Zitate auf Einzelnachweise verzichtet wird) auf: Hambrecht, Rainer: Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933) (= Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte. Bd. 17). Nürnberg 1976, und daneben u.a. auf: Spitznagel, Peter: Wähler und Wahlen in Unterfranken 1919-1969 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg. Bd. XXXII). Würzburg 1979. – Schott, Herbert: Die Jahre der Weimarer Republik und des Dritten Reichs, in: Kolb, Peter/Krenig, Ernst-Günter (Hrsg.): Unterfränkische Geschichte. Bd. 5/1. Würzburg 2002, S. 327–465 (bes. 327344, 357–364). – Kittel, Manfred: Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1818-1933/1936. München 2000. – Greif, Thomas: Frankens braune Wallfahrt. Der Hesselberg im Dritten Reich (=Mittelfränkische Studien. Bd. 18). Ansbach 2007.

² Meier, Christian: Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit. München 2010.

³ Halbmonatsbericht des Bezirksamts Schwabach vom 16.8.1930, Staatsarchiv Nürnberg, LRA Schwabach (Abgabe 1956) 8444.

⁴ Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 23.10.1925, Staatsarchiv Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth 342.

⁵ Stürmer, Nr. 6, 1927.

⁶ Auf dem Döbraberg, einer von ihm behaupteten altgermanischen Kultstätte, forderte Gauleiter Schemm die rund 10.000 Teilnehmer einer NS-Kundgebung zu folgendem Schwur auf: „*Wir geloben unter den heiligen Tannen des Frankenswaldes, nicht zu rasten, bis Heimat und Vaterland wieder frei geworden sind.*“

⁷ Lagebericht des Bezirksamts Lichtenfels vom 1.10.1929, Staatsarchiv Bamberg, K 3 (1967), 4861 und Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. II, MInn 81582.

⁸ Hayward, Nicolas F./Morris, Dave S.: The first Nazi Town. Avebury 1988.

⁹ Halbmonatsbericht des Bezirksamts Coburg vom 16.2.1931, Staatsarchiv Bamberg, K 3 Präsidialregistratur, 1884.

¹⁰ SA-Bericht für den Bezirk Dinkelsbühl vom 5.2.1931, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. II, MInn 81606